

Übersetzung aus dem Russischen

Stenogramm der Rede des Ministers für Auswärtige
Angelegenheiten der UdSSR, Andrej Andrejewitsch
Gromyko, auf der Tagung des Komitees der Minister
für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten
des Warschauer Vertrages am 14. und 15. Mai 1979
in Budapest

A.A. Gromyko (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)

Verehrter Genosse Vorsitzender !

Liebe Genossen !

Gestatten Sie mir zunächst, den ungarischen Freunden den Dank für den herzlichen Empfang und die bei der Vorbereitung unseres Treffens geleistete große Arbeit auszusprechen.

Auf der gegenwärtigen Tagung des Komitees der Außenminister des Warschauer Vertrages erörtern wir, wie das vereinbart war, vorrangige Aufgaben des Kampfes für die Einstellung des Wett-rüstens und die Abrüstung sowie die Frage der Vorbereitung auf das Madrider Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz. Es geht darum, was zur Vertiefung der Entspannung und zur Festigung der Sicherheit in Europa getan werden muß. All das natürlich unter Berücksichtigung der Entwicklung der internationalen Lage.

Beim Herangehen an die Lösung der internationalen Probleme lassen sich die sozialistischen Bruderstaaten von den prinzi-piellen Zielstellungen der Parteitage unserer Parteien und von den Beschlüssen des PBA leiten. Die koordinierte Linie der Länder des Warschauer Vertrages fand ihre Verkörperung in der im vergangenen Jahr in Moskau angenommenen Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses. Sie ist ein wichtiges programmatisches Dokument, das heute gut arbeitet und zugleich in die Zukunft weist. Das Leben bestätigt die große Bedeutung der darin enthaltenen Schlußfolgerungen und Vorschläge.

Der Kampf um Entspannung, um die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung steht ständig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Führung der KPdSU und der anderen Bruderparteien, Diese Fragen werden auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses und bei zweiseitigen Begegnungen der führenden Persönlichkeiten unserer Länder auf höchster Ebene erörtert und gründlich analysiert. Die Aufgabe dieser Tagung sehen wir darin, einige Schritte zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Friedensvorschläge festzulegen.

Sie erinnern sich sicher, daß L.I. Breshnew auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Moskau im Namen der Sowjetunion sagte, daß man überlegen muß, wie einige Vorschläge unserer Länder weiter vorangebracht werden können und wie man mit anderen Ländern arbeiten muß.

Zunächst zum Vorschlag, zwischen den Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz einen Vertrag abzuschließen, nicht als erste gegeneinander sowohl nukleare als auch konventionelle Waffen anzuwenden.

Seinerzeit, als die Länder des Warschauer Vertrages vorschlugen, darüber übereinzukommen, nicht als erste lediglich Kernwaffen anzuwenden, traten die Mitglieder der NATO dagegen auf. Sie führten das Argument an, daß dieser Vertrag nur für die sozialistischen Staaten, die ihrer Meinung nach den Ländern der NATO in bezug auf die konventionellen Rüstungen auf dem europäischen Kontinent überlegen sind, von Vorteil wäre.

Der gegenwärtige Vorschlag macht derartige erdachte Einwände gegenstandslos, da er sowohl die einen als auch die anderen Waffen einschließt. Dem Wesen nach wird darunter verstanden, daß die Teilnehmerstaaten des Vertrages die Verpflichtung zum gegenseitigen Nichtangriff, und in der Folge über den Verzicht auf den Einsatz der eventuellen militärischen Überlegenheit, falls es bei einer der Seiten eine solche gab oder künftig geben wird, übernehmen.

Der vorgeschlagene Vertrag würde voll und ganz Geist und Buchstaben der Vereinbarungen von Helsinki entsprechen und das politische und juristische Fundament der Einhaltung des Prinzips der Nichtanwendung oder Nichtandrohung von Gewalt auf dem europäischen Kontinent grundlegend stärken.

Ein solcher Vertrag wäre für alle seine Teilnehmer - sowohl kernwaffenbesitzende als auch nichtkernwaffenbesitzende, große und kleine Staaten - gleichermaßen von Vorteil. Sie würden eine zusätzliche internationale Garantie gegen die Anwendung jeglicher Arten von Waffen erhalten, was faktisch die Gefahr eines gegenseitigen Überfalls auf die Teilnehmer des Vertrages in welcher Form auch immer beseitigen soll. Das wäre ein ernstes Hindernis auf dem Wege der Anwendung von Gewalt und der Entfesselung eines Krieges in Europa.

Wir haben also gewichtige Argumente, um die Idee des Abschlusses eines solchen Vertrages erfolgreich voranzubringen und dafür zu kämpfen. Natürlich ist kaum zu erwarten, daß unser Vorschlag im Westen ohne Einwände bleibt. Bereits jetzt erheben seine Gegner ihre Stimme. Damit unsere Initiative Gegenstand einer sachlichen

Erörterung , und mehr noch - realisiert wird, müssen wir alle arbeiten, und das nicht wenig.

In der gleichen Richtung des Kampfes um die Abrüstung liegen auch die anderen Vorschläge der Staaten des Warschauer Vertrages zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz:

In Ergänzung zu den Maßnahmen, die im Verlaufe einer Reihe von Jahren bereits verwirklicht werden, wie die Vorankündigung größerer militärischer Manöver auf dem Territorium der Länder Europas, wird jetzt vorgeschlagen, sich auch über die vorherige Ankündigung bedeutender Truppenbewegungen in Europa zu verständigen. Die Frage solcher Ankündigungen stand auch früher, sie wurde bereits auf der Gesamteuropäischen Konferenz erörtert, und in der Schlußakte ist ihre Prüfung vorgesehen. So handeln wir auch hier in Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben der Schlußakte.

Gegenwärtig gibt es bereits positive Erfahrungen bei der vorherigen Ankündigung größerer militärischer Manöver, die in dem entsprechenden Gebiet Europas durchgeführt werden, deren Rahmen in dem Dokument von Helsinki festgelegt ist. Unter Berücksichtigung dieser Erfahrungen sind die Bedingungen entstanden, bei der Erweiterung der Maßnahmen des militärischen Vertrauens weiterzugehen und sich darüber zu verständigen, vorher nicht nur größere militärische Manöver, sondern auch alle bedeutenden Truppenbewegungen im Rahmen des genannten Gebiets anzukündigen.

Auf die Erweiterung der vertrauensbildenden Maßnahmen ist auch der Vorschlag gerichtet, die Praxis der vorherigen Ankündigung auf größere Manöver der Seestreitkräfte auszudehnen, wenn sie in der Nähe der Territorialgewässer der anderen Teilnehmerstaaten der Vereinbarungen von Helsinki durchgeführt werden.

Gerechtfertigt wäre die Ausdehnung dieser Praxis auch auf größere Manöver der Luftstreitkräfte der Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz in dem für die Ankündigung größerer Manöver der Landstreitkräfte festgelegten Gebiet.

Unter Berücksichtigung der Rolle der See- und Luftstreitkräfte unter den gegenwärtigen Bedingungen wären diese Maßnahmen des Vertrauens natürlich ein bedeutender Beitrag zur militärischen Entspannung in Europa.

Natürlich bleiben die von den Ländern des Warschauer Vertrages bereits früher unterbreiteten Vorschläge, den Teilnehmerkreis der in Europa bestehenden militär-politischen Bündnisse nicht zu erweitern, das Ausmaß der militärischen Manöver auf dem Kontinent auf 50 000 bis 60 000 Mann zu begrenzen und die vertrauensbildenden Maßnahmen auf den Mittelmeerraum auszudehnen, wenn das die Mittelmeerländer selbst wünschen, voll und ganz in Kraft.

Alle diese Vorschläge und Initiativen bilden zusammengenommen eine geschlossene Aktionsplattform, um die politische Entspannung mit der militärischen Entspannung zu verbinden.

Das sind einige Aufgaben, die unserer Meinung nach in erster Linie gelöst werden müssen, um die Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten in Europa, die Verminderung der militärischen Konfrontation und den nachfolgenden Abbau der Konzentration, die Reduzierung der Rüstungen auf dem Kontinent und danach auch den Übergang zu realen Abrüstungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Bei den Überlegungen über die praktischen Wege, wie man bereits in nächster Zeit mit der Erörterung und Abstimmung der genannten Vorschläge beginnen kann, halten wir es für völlig zeitgemäß und zweckmäßig, zu diesem Zweck die in dem Entwurf des Abschlußkommuniqués erwähnte Konferenz auf politischer Ebene unter Teilnahme aller europäischen Staaten, der USA und Kanadas einzuberufen. Das ist natürlich ein gemeinsamer Vorschlag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. So verstehen wir den Vorschlag. Eine solche Konferenz wäre eine neue große internationale Aktion, die auf Initiative unserer Länder unternommen wird und ausschließlich den Interessen des Friedens dient. Sie stünde voll und ganz in Einklang mit den Vereinbarungen von Helsinki und würde einen bedeutenden Schritt voran bei der Erfüllung jener Bestimmungen der Schlußakte bedeuten, die auf die Festigung der europäischen Sicherheit, auf die Verminderung der militärischen Konfrontation in Europa und auf die Verwirklichung realer Abrüstungsmaßnahmen gerichtet sind.

Möglicherweise wird dieser oder jener im Westen diesen Vorschlag mit der französischen Idee der Durchführung einer europäischen Abrüstungskonferenz vergleichen. Aber es geht nicht um die äußere Form, sondern um den Inhalt. Und Inhalt und Aufgaben dieser Konferenzen unterscheiden sich. Wichtig ist, daß die Arbeit der Konferenz auf einer realistischen Grundlage beruht, auch die Kernwaffen, insbesondere die amerikanischen vorgelagerten Systeme, nicht umgeht und daß im Mittelpunkt Vorschläge stehen, die tatsächlich zur Lösung der Fragen der militärischen Entspannung in Europa beitragen würden.

Wie sehr die Notwendigkeit des Abbaus der militärischen Konfrontation in Europa herangereift ist, wird auch darin deutlich, daß in der NATO immer aktiver Hoffnungen in die Stationierung neuer Arten von Raketenkernwaffen auf dem Territorium einiger westeuropäischer Länder gesetzt werden, die gegen die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft gerichtet sind. Auf der Hand liegt auch die Belebung der Pläne zur Produktion und Stationierung der barbarischen Neutronenwaffe.

Den sozialistischen Ländern ist der Anspruch auf das Monopol bei der Unterbreitung konstruktiver Vorschläge fremd. Aber unsere Politik des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern ist so, daß unsere Länder in den Fragen der Abrüstung, der Entspannung und der Sicherheit die Initiative ^{fest} in ihrer Hand haben. Und wir haben etwas zu sagen und vorzuschlagen, damit die Arbeit der Konferenz produktiv und nützlich wird. Natürlich könnten

auch die Vorschläge anderer Staaten Gegenstand der Erörterung auf der Konferenz sein. Wir haben es niemals abgelehnt, vernünftige Vorschläge anderer Länder zu erörtern.

Die Erfahrungen, darunter in der allerjüngsten Zeit, beweisen, daß es in den Bemühungen der Staaten zur Festigung des Friedens weder Pausen noch Verzögerungen geben darf. Ist ein Problem entstanden, ist es herangereift, dann muß es auch ohne Zeitverzug gelöst werden. Deshalb ist es wichtig, daß wir auf allen Kanälen - diplomatischen, propagandistischen, gesellschaftlichen - alles Erforderliche tun, damit die Konferenz so schnell als möglich stattfindet.

Offensichtlich wird die neue Initiative der sozialistischen Staaten diese oder jene Fragen seitens der westlichen Länder aufwerfen. Deshalb wäre es nützlich, in unserem Schlußdokument zu erklären, daß die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bereit sind, unverzüglich entsprechende Konsultationen mit den anderen Teilnehmern der vorgeschlagenen Konferenz zu beginnen. Das würde neben dem Inhalt der Verhandlungen insbesondere Ort und Zeitpunkt der Durchführung dieser Konferenz betreffen.

Es wäre von Nutzen, wenn man auch im Westen klare Vorstellungen davon hätte, daß die Konferenz auf politischer Ebene keineswegs mit dem Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz in Madrid zu vergleichen ist.

Wahrscheinlich ist es angebracht, noch etwas anderes zu erwähnen. Die Vorschläge, die auf der Konferenz erörtert werden könnten, dürfen in keiner Weise mit der Problematik konkurrieren, die in Wien beraten wird. Die Behandlung dieser Vorschläge würde parallel mit den Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa erfolgen.

Was die Wiener Verhandlungen selbst betrifft, so haben sie, wie wir meinen, eine Etappe erreicht, da diejenigen einen Ausweg aus der entstandenen Sackgasse suchen müssen, die sie geschaffen haben. Die sozialistischen Staaten, die nach einer gegenseitig annehmbaren Vereinbarung streben, sind der Position der westlichen Teilnehmer bereits in vielem entgegengekommen. Jetzt muß auch von ihrer Seite guter Wille gezeigt werden.

Es heißt, daß der Abschluß des Abkommens über die Begrenzung der strategischen Waffen, das gewöhnlich als SALT II bezeichnet wird, die Position der Regierungen der westlichen Länder bei den Wiener Verhandlungen positiv beeinflussen wird. So soll es sein, doch wir werden sehen.

Insgesamt möchte ich folgendes hervorheben; Bisläng werden die schon viele Jahre währenden Verhandlungen in Wien geführt, bislang ist das SALT-II-Abkommen nicht unterzeichnet worden und nicht in Kraft getreten, bislang geht es auch bei den anderen Verhandlungen, insbesondere im Genfer Ausschuß, nicht voran, und die Waffenberge in Europa wachsen. Daraus ergibt sich mit ganzer Deutlichkeit, daß man sich gut auf das Treffen in Madrid vorbereiten muß.

Letzten Endes haben die europäischen Probleme selbstverständlich auch einen internationalen Kontext. Natürlich muß man daher berücksichtigen, daß es im Kampf um die Festigung des Friedens auch umfassendere Aufgaben gibt, die die Moskauer Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses gestellt hat. Und die wichtigste besteht in der Sicherung einer entscheidenden Wende in den Verhandlungen über die Beendigung des Wettrüstens und die Abrüstung. Über die Kompliziertheit dieser Aufgabe braucht wohl nichts gesagt zu werden. Um Vereinbarungen auf dem Gebiet der Abrüstung zu erreichen, müssen in jeder Etappe die Probleme bestimmt werden, denen die größten Anstrengungen gelten müssen. Worauf kommt es gegenwärtig an ?

Zieht man die Schwerpunktprobleme in Betracht, so sind das zweifellos die Verhandlungen über einen neuen sowjetisch-amerikanischen Vertrag über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen.

Die grundlegende Bedeutung des künftigen Vertrags besteht darin, daß er eine gewisse Barriere für die weitere Anhäufung der teuersten Waffentypen mit größter Zerstörungskraft errichten soll. Somit kann der Vertrag einen großen, wohltuenden Einfluß auf das internationale Klima insgesamt ausüben.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nach langwierigen Verhandlungen der Wortlaut des Vertrags vereinbart. Heute kann man das mit Bestimmtheit sagen. Jetzt wird an der Endredaktion gearbeitet. Wir sind natürlich keinen Millimeter vom Prinzip der gleichen Sicherheit - ich betone dieses Wort - der gleichen Sicherheit und der unverminderten Sicherheit der Seiten abgewichen.

Wie Sie wissen, wurde eine Vereinbarung über ein Treffen L.I. Breshnews mit Präsident Carter in Wien zur Bestätigung und Unterzeichnung des Abkommens über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen erzielt.

Da wir die Situation in den USA und das Kräfteverhältnis zwischen den Verfechtern und den Gegnern des SALT-II-Abkommens kennen, schließen wir Überraschungen seitens der Amerikaner im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Abkommens durch den USA-Senat nicht aus, obwohl man glauben möchte, daß der gesunde Menschenverstand die Oberhand gewinnt und es keine solchen geben wird.

Welche anderen Abrüstungsprobleme erfordern ebenfalls unverminderte Aufmerksamkeit? Das ist der Kampf um den schnellstmöglichen Beginn von Verhandlungen über die Einstellung der Produktion aller Arten

von Kernwaffen und über die allmähliche Reduzierung ihrer Vorräte bis hin zu ihrer völligen Vernichtung.

Das ist die erfolgreiche Beendigung der in Wien stattfindenden Verhandlungen über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen.

Das sind auch Maßnahmen zur Verstärkung der Sicherheitsgarantien für nichtkernwaffenbesitzende Staaten und zur Nichtstationierung von Kernwaffen auf den Territorien der Staaten, in denen es sie gegenwärtig nicht gibt.

Das ist schließlich auch der Kampf unserer Länder, die Militärausgaben der Staaten, die über das größte militärische und ökonomische Potential verfügen, zu gleichen Anteilen, sei es in Prozenten oder in gleichen absoluten Größenordnungen, zu reduzieren.

Insgesamt möchte ich unterstreichen, daß die vom Politischen Beratenden Ausschuß des Warschauer Vertrages unterbreiteten Abrüstungsvorschläge aktuell sind und immer mehr Anhänger gewinnen. Sie werden in mehreren Richtungen in einer ganzen Reihe von Foren erörtert.

Bei einigen unserer Initiativen ist es gelungen, mehr oder weniger voranzukommen und Unterstützung in der UNO zu erhalten. Zu allen diesen Fragen gibt es noch viel zu tun, sind ernste Schwierigkeiten zu überwinden. So kompliziert der Kampf um die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung auch sein mag,

die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft setzen sich auf jeden Fall beharrlich und konsequent für einen Durchbruch bei der Lösung dieses brennenden Problems ein. Von diesem Kurs darf sie niemand abbringen.

Gleichzeitig ist völlig klar: Solange der Nordatlantikpakt den Kurs auf die Verstärkung der Rüstungen fortsetzt, werden die Staaten des Warschauer Vertrages weiterhin hohe Wachsamkeit zeigen, ihre Verteidigungskraft stärken, mit einem Wort, sie werden auf der Hut sein. Darauf orientieren die Bruderländer und die entsprechenden Beschlüsse des PBA.

Die Frage des Madrider Treffens habe ich bereits angeschnitten. Nun möchte ich etwas ausführlicher auf dieses Thema eingehen.

Das prinzipielle Herangehen der Staaten des Warschauer Vertrages an das Madrider Treffen ist bestimmt durch die Moskauer Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses. Das Treffen in Madrid wird Nutzen bringen, konzentriert sich seine Arbeit auf die Abstimmung konkreter konstruktiver Maßnahmen zur Realisierung der Prinzipien und Vereinbarungen, die in der Schlußakte enthalten sind. Bei einem solchen Herangehen könnte das Treffen einen praktischen Beitrag zur Festigung der europäischen Sicherheit und zur weiteren Entwicklung der mehrseitigen Zusammenarbeit der Staaten auf dem Kontinent leisten.

In jüngster Zeit hatten wir Kontakte mit Vertretern westlicher Länder, ich denke dabei an die Verhandlungen mit dem französischen Präsidenten, mit den Außenministern Spaniens, Italiens, Österreichs sowie eine Reihe von Treffen auf Arbeitsebene. Auch die anderen Teilnehmer der Tagung hatten sicher zahlreiche Kontakte. Gegenwärtig zeichnet sich in etwa folgendes Bild ab. Bei dem einen oder anderen setzt sich im Westen die Einsicht durch, daß man in Madrid nicht so auftreten sollte wie in Belgrad. Dort versuchte man, wie Sie sich entsinnen, unseren Bruderländern auf jede erdenkliche Art und Weise die Konfrontation aufzuzwingen, indem man die sachlichen Verhandlungen durch billiges Politikastertum und Demagogie, besonders über die sog. Menschenrechte, verdrängte. Die Vertreter einiger Staaten gaben fast täglich völlig demagogische Erklärungen ab, und wir mußten nolens volens diese ihre Vorschläge anhören, anstelle uns mit den wichtigen Fragen der internationalen Beziehungen und der Sicherheit in Europa und den Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten zu beschäftigen. Es wäre besser, wenn die Vertreter auf der Beratung in Madrid nicht diesen Weg beschreiten würden.

Unserer Meinung nach sollte man versuchen, im Verlaufe der Konsultationen und der anderen Kontakte mit den westlichen Ländern vorher die Thematik und einige konkrete Fragen zur Behandlung in Madrid zu umreißen und nach Möglichkeit auszuwählen. Natürlich muß diese Thematik strikt den Bestimmungen der Schlußakte entsprechen und Fragen einschließen, deren Lösung wirklich zur

Festigung der Sicherheit und zur Entwicklung der Zusammenarbeit der Staaten auf gesamteuropäischer Grundlage beiträgt. Gleichzeitig müssen das Fragen sein, in denen es weniger aufeinanderprallende Meinungen gibt und mehr Möglichkeiten, für alle annehmbare Übereinkünfte zu erzielen.

Natürlich muß das Hauptaugenmerk in Madrid, wie das von uns^eren Ländern auf der Moskauer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vereinbart wurde, auf die Fragen der militärischen Entspannung und der Sicherheit in Europa gerichtet werden.

Was die wirtschaftliche und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit angeht, so haben unsere Länder die wohlbekannten Vorschläge zur gesamteuropäischen Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten unterbreitet.

Es ist wichtig, daß in Madrid die Schlußakte als einheitliches Ganzes behandelt wird, aus dem nicht nach dem Belieben einzelner Staaten das eine oder andere Stück herausgelöst werden kann. Aber es gibt Leute, die das gern tun. Sie sind bereit, ein dutzendmal die Schlußakte zu zitieren, aber geben dann andere, zehnmal wichtigere Fragen der Vergessenheit preis. Die Realisierung der Schlußakte muß in allen ihren Abschnitten vorankommen, unter dem allgemeinen Verständnis, daß sie ein Programm für die gemeinsame Zusammenarbeit der Staaten ist und für einen langen Zeitraum ausgelegt ist,

Natürlich kann man nicht zulassen, daß die Erörterung der einen oder anderen Frage in Madrid als Vorwand zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Teilnehmerländer des Treffens benutzt wird, Kurz gesagt, alles, worum es sich dort auch handeln möge, darf keinesfalls die Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft beeinträchtigen. Wie schon früher, erklären wir auch heute: Das Wichtigste ist es, nicht zuzulassen, daß die Schlußakte erschüttert wird, daß sie unter irgendeinem Vorwand unterhöhlt wird.

Wir haben dies in Belgrad nicht zugelassen, und wir werden es auch in Madrid nicht zulassen. Wir können das, und wir sind dazu verpflichtet. Aber wir sind aufrichtig bereit, auf dem Wege der Verwirklichung der Vereinbarungen von Helsinki voranzukommen. Nicht wir brauchen die Verwirklichung dieser Vereinbarungen zu fürchten. Wir haben stets auf einer Verwirklichung aller wichtigen Bestimmungen der Schlußakte bestanden. Und ihr Kernstück sind die Vorschläge und Ideen, auf denen wir von Anfang an bestanden haben.

Unserer Meinung nach macht es sich erforderlich, Spanien als Gastgeberland des Treffens bestimmte Aufmerksamkeit zu widmen. Man sollte mit den Vertretern dieses Landes arbeiten, damit sie unsere Position besser verstehen. Denn von Spanien wird in gewissem Maße der allgemeine politische Hintergrund des Treffens oder, mit anderen Worten, die politische Atmosphäre des Treffens, abhängen.

Wie Sie wissen, gibt es Meinungen, das Madrider Treffen auf der Ebene der Außenminister abzuhalten. Bislang sehen wir keine gewichtigen Gründe, diese Frage aufzuwerfen. Der Verlauf der Vorbereitung des Treffens wird zeigen, was man von ihm erwarten kann. Davon werden wir auch ausgehen. Jetzt kann man diese Frage nicht durcharbeiten, es wäre sogar sinnlos. Das heißt, vorläufig ist diese Frage offen und muß unserer Meinung nach offen sein. Lösen kann man sie auch nur unter Berücksichtigung der Vorbereitung dieses Treffens, unter Berücksichtigung dessen, wie die Vorschläge und das Programm dieser Beratung ausgearbeitet wurden. Uns scheint, daß man, geht man ernsthaft an dieses Treffen heran, die Frage ebenso stellen muß.

Das wäre der Kreis von Fragen, die wir im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Madrider Treffens berühren möchten.

Einige Worte zu zwei - drei aktuellen Fragen der gegenwärtigen internationalen Lage.

Zuerst über die verbrecherische chinesische Aggression gegen das sozialistische Vietnam. In diesem Kreise besteht keine Notwendigkeit, viele Worte zu verlieren, was für einer ernsten Probe der Frieden durch diese Aggression unterzogen wurde.

Das, was die Chinesen getan haben, wird man lange nicht vergessen. Nicht nur in Vietnam. Es hat den Anschein, daß man auch im Westen begonnen hat, sich ernsthafter Gedanken darüber zu machen, wohin die Politik Pekings führt und führen kann. Die

Fakten, u.a. die Fakten der jüngsten Vergangenheit, beweisen, daß Peking nicht die notwendigen Lehren aus dem Scheitern seines Abenteurers gezogen hat. Das bestätigen die fortgesetzten bewaffneten Provokationen Chinas an der vietnamesischen Grenze, der Druck auf die Volksdemokratische Republik Laos, die groben Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Kampuchea. All das spricht davon, daß die übereinstimmende Einschätzung des politischen Kurses Chinas durch die Bruderländer als hegemonistisch, expansionistisch, abenteuerlich und gefährlich für den Weltfrieden völlig richtig ist.

Sie wissen auch, daß Peking sich geweigert hat, den sowjetisch-chinesischen Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand zu verlängern. Läßt man die Tarnung beiseite, mit der Peking diesen seinen einseitigen, der Vernunft widersprechenden Schritt zu umgeben versuchte, dann fragt man sich, welche anderen Motive ihm zugrunde liegen konnten, wenn nicht Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion und der Welt des Sozialismus, gegenüber allem, was zur Festigung der Sicherheit der Völker führt.

Die chinesische Seite hat uns vorgeschlagen, Verhandlungen aufzunehmen. Unsere prinzipielle Position ist klar: Wir sind für die normale Entwicklung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Die Sowjetunion hat der chinesischen Regierung mehrfach vorgeschlagen, einen Vertrag abzuschließen, sich gegenseitig nicht anzugreifen, keine Gewalt anzuwenden und Friedensprinzipien auszuarbeiten, auf deren Grundlage sich die gegenseitigen Beziehungen

zwischen beiden Ländern gestalten könnten. Bislang hat Peking jedoch alle unsere Vorschläge zurückgewiesen. Nunmehr hat die chinesische Seite eine recht verschwommene Antwort auf unsere Note über den Gegenstand und die Ziele möglicher sowjetisch-chinesischer Verhandlungen gegeben. Aus all dem wird ersichtlich, darunter auch im Kontext des allgemeinen aggressiven Kurses Chinas in den internationalen Fragen, daß Peking einer Darlegung seiner Absichten auszuweichen versucht, was jedoch für die Aufnahme von Verhandlungen notwendig wäre.

Nun zum Nahen Osten. Die Situation liegt klar auf der Hand: Unter der Schirmherrschaft der USA wurde das israelisch-ägyptische Separatabkommen abgeschlossen, das antiarabischen Charakter trägt. Die Aussichten für eine umfassende Nahostregelung sind zweifellos komplizierter geworden, und zwar um vieles.

Dieser Tage war ein Vertreter Jordaniens, der Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten, bei uns. Im Namen der Staatsführung dieses Landes brachte er eine recht scharfe kritische Einschätzung des Separatvertrages zwischen Israel und Ägypten zum Ausdruck. Und das als Vertreter von Jordanien, das in der Vergangenheit manchmal, wie wir alle wissen, in den Fragen einer Nahostregelung eine gewisse Unschlüssigkeit an den Tag legte und nicht alles aussprach, und das die Amerikaner, und in bedeutendem Maße auch Israel, häufig als ihren potentiellen Helfeshelfer in den Fragen der Nahostregelung betrachtet haben.

Es ist gut, daß Jordanien jetzt zusammen mit der überwiegenden Mehrheit der arabischen Staaten eine realistische Position in der Einschätzung dieses Separatabkommens zwischen Israel und Ägypten eingenommen hat. Aber es gibt noch eine andere Seite. Ägypten sieht sich jetzt in der Isolation. Die überwiegende Mehrheit der arabischen Länder hat Beschlüsse gefasst, die gegen die Politik der separaten Kapitulationsabkommen gerichtet sind. Wir alle wissen sehr gut, daß die Führung Ägyptens, und natürlich insbesondere der ägyptische Präsident, sich im Zusammenhang mit dieser tiefgreifenden Isolation, in die Ägypten durch die von den Vereinigten Staaten und Israel aufgezwungene Position gebracht wurde gelinde gesagt, äußerst unwohl in ihrer Lage fühlen.

Es kommt jetzt darauf an, daß das Separatabkommen umgestoßen wird oder eines natürlichen Todes stirbt, Nur dann kann die Sache der umfassenden und gerechten Nahostregelung in sichere Gleise kommen.

Manchmal werfen die Vertreter einiger Länder die Frage zumindest nach der Möglichkeit der Einberufung der Genfer Nahostkonferenz auf. Wir haben den Verdacht, daß die Impulse von den USA, Israel und Ägypten ausgehen, wenn diese Frage aufgeworfen wird. Manchmal werden auch wir gefragt, wie wir zur Einberufung einer solchen Konferenz ständen. Wir geben ehrlich Antwort und hoffen, daß diese der Position aller unserer Bruderländer entspricht, daß jetzt absolut keine Voraussetzungen für die Einberufung der Genfer Konferenz bestehen. Und in der Tat, was würde denn diese Konferenz

tun, träte sie in Genf oder an irgendeinem anderen Ort zusammen? Ägypten, Isrel und die Amerikaner hegen ja nicht die Absicht, das Separatabkommen aufzugeben. Um mit ihnen eine gemeinsame Sprache zu finden, muß man dieses Abkommen entweder formal, juristisch anerkennen oder man muß de facto anerkennen, daß es existiert, in Kraft bleibt usw. Das ist doch aber sowohl für die Araber, die dieses Abkommen nach wie vor verurteilen, als auch für uns, die wir die gerechte Position der Araber gegen Israel unterstützen, nicht möglich. Das bedeutet, daß wir angesichts dessen, daß wir keine gemeinsame Sprache haben können, die Tür zuschlagen und diese Konferenz verlassen müßten. Wozu, so fragt man sich, dieses ganze Spektakel erst beginnen - nur zu dem Zweck, die Konferenz wieder zu verlassen? Das wird zu keiner Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung der Atmosphäre führen. Und das sowohl in bezug auf die Nahost-Angelegenheiten als auch hinsichtlich der internationalen Atmosphäre insgesamt. So antworten wir, und uns scheint, daß man sich wohl kaum eine andere Antwort ausdenken könnte, die auf einer realistischen Einschätzung der Situation beruht. Diese Antwort findet bei den Staaten Verständnis, die eine prinzipielle und richtige Position in den Nahost-Angelegenheiten einnehmen.

Ein immer größeres Gewicht in der Weltpolitik erlangen die afrikanischen Probleme, insbesondere die Probleme in Südafrika. Das ist auch verständlich. Die westlichen Länder sprechen untereinander ab, wie man den Völkern von Simbabwe und Namibia neokolonialistische Lösungen aufzwingen kann. Die Lage ist kompliziert. Die Afrikaner selbst sind sich uneinig. Ich denke, Genossen, daß Ihnen das sicher gut bekannt ist.

Die allgemeine Linie der Länder der sozialistischen Gemeinschaft war und bleibt unverändert. Die Hauptsache besteht darin, die nationalpatriotischen Kräfte zu unterstützen, sich zusammenzuschließen und die neokolonialistischen und rassistischen Pläne der Westmächte zu durchkreuzen.

Unsere Länder führen einen Meinungs austausch zu einzelnen Fragen der Lage im Süden Afrikas durch. Je enger die Koordination unserer Schritte und Bemühungen ist, desto besser und ergebnisreicher werden sie. Man spricht gegenwärtig davon, daß England im Zusammenhang mit dem Sieg der Konservativen bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen eine härtere Position bezüglich der nationalen Befreiungsbewegungen in Rhodesien und Namibia einnehmen kann. Das ist möglich, durchaus möglich. Das zeugt aber nur davon, daß die Gedanken der führenden englischen Kreise, der neuen englischen Regierung von einer realistischen Einschätzung der Lage in Namibia und Rhodesien weit entfernt sind. Offensichtlich stehen diese Einschätzungen der

Bewertung der Position Washingtons nahe. Wovon zeugt all das ? Es zeugt davon, daß offensichtlich der Weg zum Sieg für die Völker dieser Regionen, die einheimische Bevölkerung kompliziert und lang sein wird. Aufgrund unserer prinzipiellen Position müssen wir natürlich eine Schlußfolgerung ziehen, und zwar: der nationalen Befreiungsbewegung auch künftig alle nur mögliche Unterstützung gewähren. Die Völker müssen letztendlich ihre Unabhängigkeit erhalten. Es gibt für uns keine Alternative. Wir können nicht in der rechten Tasche die eine Politik und in der linken Tasche die andere Politik haben. Wir sind es nicht gewöhnt, die prinzipielle Position auch in der Außenpolitik zu manipulieren, und das ist allen gut bekannt. Das weiß sowohl Washington als auch London.

Kurz zum Iran. Die dort stattgefundenen Ereignisse führten zweifellos zur Untergrabung der Position der USA und des Westens insgesamt in diesem Gebiet. Hat die Sowjetunion die Lage in Iran irgendwie beeinflußt ? Ja, jedoch Einfluß insofern genommen, daß sie sich selbst nicht in die inneren Angelegenheiten eingemischt hat und auch andere keinen Einfluß nehmen ließ. So sah der Einfluß der Sowjetunion und auch der unserer Freunde und Verbündeten aus. Darauf lief und läuft ihr Einfluß hinaus, das ist der Einfluß ihrer Politik des Friedens und der Freundschaft. Im übrigen ist das der jetzigen Staatsführung des Iran gut bekannt, und unsere Vertreter haben gegenüber Chomeini und seinen anderen Kollegen in der Führung des Landes bereits nach der Vertreibung des Schahs und der Machtübernahme durch die neue Regierung wiederholt den entsprechenden Standpunkt zum

Ausdruck gebracht. Wir begrüßen den antiimperialistischen Charakter der iranischen Revolution, verschließen jedoch nicht die Augen vor ihrer starken religiösen Färbung. Die Lage in Iran ist kompliziert. Vieles hat sich noch nicht stabilisiert, Windungen, Zickzacks der verschiedensten politischen Kräfte, die jetzt in der iranischen politischen Arena die erste Geige spielen, sind nicht ausgeschlossen. Nicht ausgeschlossen sind weder Rückschläge noch ein Aufschwung im Kampf der Volksmassen. Unter diesen Bedingungen vertritt die Sowjetunion in bezug auf Iran, wie auch bisher, ihre prinzipielle Linie; wie die anderen sozialistischen Bruderländer treten auch wir für die Zusammenarbeit, für die Entwicklung freundschaftlicher gutnachbarlicher Beziehungen mit diesem Land ein. Darin besteht das Wesen unserer Position.

Was Afghanistan betrifft, so ist in dem einen Jahr seit der Volksrevolution in diesem Land für die Überwindung der jahrhundertealten Rückständigkeit, für die Verwirklichung tiefgreifender demokratischer Umgestaltungen nicht wenig getan worden. Das rief den erbitterten Widerstand seitens der inneren Reaktion, die von außen unterstützt wird, hervor. Unsere Haltung zum neuen Afghanistan, zur Revolution in diesem Lande kommt in dem vor kurzem vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ratifizierten Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zum Ausdruck. Die fortschrittlichen, progressiven Kräfte, die die revolutionären Umgestaltungen in

Afghanistan leiten, betrachten wir als unsere Freunde und Kampfgenossen, gewähren ihnen die erforderliche Unterstützung und werden das auch in Zukunft tun. Wir bedauern sehr, daß einige Nachbarstaaten Afghanistans den Weg der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans beschritten haben. In diesem Zusammenhang muß insbesondere die Einmischung seitens Pakistans erwähnt werden. Vertraulich möchte ich den Genossen sagen, daß wir die Staatsführung Pakistans auf Fakten der Einmischung dieses Landes in die inneren Angelegenheiten Afghanistans aufmerksam gemacht haben. Die Antwort war undurchsichtig und ausweichend. Es war sogar davon die Rede, daß es angeblich keine Einmischung gibt. Es handelt sich um irgendwelche episodische afghanische Überläufer, die auf das Territorium Pakistans geraten sind und nach Afghanistan zurückkehren. Allerdings beweisen unumstößliche Tatsachen, daß Hunderte und Tausende von Menschen, Uniformierte, Bewaffnete, darunter Pakistaner, und eben gerade Pakistaner als Diversanten und organisierte Banden mit der Waffe in der Hand afghanisches Territorium betreten, um gegen das Regime zu kämpfen. Die Führung Afghanistans trifft alle erforderlichen Maßnahmen, um die Aufgabe zu bewältigen, die Sicherheit des Landes zu wahren und das neue revolutionäre Regime zu schützen.

Genossen !

Zum Abschluß möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, wenn sie abgestimmt und beharrlich handeln und die gebührende Prinzipienfestigkeit an den Tag legen, auch weiterhin die bestimmende Rolle bei der Lösung der auf unserer Tagung erörterten Probleme spielen werden - im Kampf um die Beendigung des Wettrüstens, die Abrüstung, für die Vertiefung der Entspannung und die Festigung der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt.